



## MITTELEUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN: DIE NEUE ROLLE DER VISEGRÁD-STAATEN

*Ulrich Schlie*

**EU-TÜRKEI-  
BEZIEHUNGEN:  
ZEIT FÜR MEHR  
EHRlichkeit**

*Manfred Weber*

**NORD STREAM 2: GEOPOLITISCHE  
DIMENSIONEN DER EU-ENERGIEPOLITIK**

*Frank Umbach*

**DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR:  
ORIENTIERUNG UND REORGANISATION**

*André Wüstner*

**ENTWICKLUNGSPOLITIK:  
„EU-MITTEL FÜR AFRIKA VERDOPPELN“**

*Interview mit Wolfgang Stefinger*

**RÜSTUNG EUROPÄISCH DENKEN!**

*Hans Christoph Atzpodien*





LIEBE LESERINNEN UND LESER,  
LIEBE FREUNDE DES ASP,

vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen in Europa und der Welt ist klar: der Themenkomplex Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Europapolitik spielt eine zentrale Rolle für unsere Zukunft. Wir müssen uns den dramatischen Veränderungen in der Welt stellen. Denn nicht nur an den Rändern Europas sorgen Krieg, Chaos, zerfallende Staaten und großer Migrationsdruck für enorme Spannungen. Auch global werden Europa und die internationale Ordnung unter Druck gesetzt. Ebenso wird innerhalb der EU der Zusammenhalt gefährdet und ein neuer populistischer Nationalismus findet zunehmend Anhänger.

Bei den Europawahlen im Mai kommt es nicht zuletzt auf Deutschland, das Land in der Mitte, an. Mit Manfred Weber gibt es die einmalige Gelegenheit, dass ein Bayer das Amt des EU-Kommissionspräsidenten übernimmt. Der Schutz der Außengrenzen, die Koordinierung von Migration, die Bekämpfung von Terror und Fluchtursachen sind dabei wichtige sicherheits- und auch entwicklungspolitische Zielmarken der kommenden Jahre. Gleichzeitig gilt es, bewährte Bündnisse wie die NATO zu festigen und die Bundeswehr für künftige Aufgaben zu wappnen.

Der Kompass der CSU ist klar: Wir stehen für eine Ordnung, die Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt befördert. Der ASP als Impulsgeber und Sprachrohr der CSU in allen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Europapolitik wird dabei unter seinem Landesvorsitzenden und stv. CSU-Generalsekretär, Florian Hahn, MdB, eine wichtige Rolle spielen. Dafür wünsche ich dem ASP und Florian Hahn alles Gute!

Viel Spaß bei der Lektüre des Bulletins.

Ihr

Dr. Markus Söder, MdB  
Bayerischer Ministerpräsident  
Parteivorsitzender der CSU



Prof. Ulrich Schlie

## MITTELEUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN: DIE NEUE ROLLE DER VISEGRÁD-STAATEN

### ULRICH SCHLIE

Die bevorstehenden Gedenktage des Mauerfalls und der ostmitteleuropäischen Revolutionen vom Herbst 1989 rufen uns ganz lebendig in Erinnerung, welche Hoffnungen mit dem Ende der kommunistischen Diktaturen verbunden waren und wie sehr gerade in Europas Mitte und ostwärts davon die Zeitenwende als Einschnitt wahrgenommen wurde. Von der Wiedervereinigung Europas, von der Überwindung der künstlichen Teilung von Jalta und vom Erwachen der Geschichte war damals viel die Rede. Die sicherheitspolitische Dimension stand in der Debatte über die künftige Orientierung des geographischen Raumes bald schon im Vordergrund. Die Argumentation, dass es keine unterschiedlichen Zonen von Sicherheit in Europa, keine Wiederbelebung des mit geopolitischen Gefährdungen verbundenen Begriffs „Zwischeneuropa“ aus der Zwischenkriegszeit geben dürfe, war eines der starken Argumente, die eine relativ frühe Mitgliedschaft der ostmitteleuropäischen Staaten in die Nordatlantische Allianz begünstigte. Der Zusammenhang zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität, wie er sich in der Stufenfolge des Beitritts zuerst zur Allianz und sodann zur EU für die meisten Länder widerspiegelte, kam nicht von ungefähr. Die euroatlantischen Strukturen gehörten aus Sicht Westeuropas wesensmäßig zusammen, und für die Beitrittsländer war manchmal der Weg über die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis das Mittel zum Zweck des Beitritts zur Union.

Dreißig Jahre später ist gewiss vieles auf den Weg gebracht: Die Europäische Union auf 28 Mitglieder angewachsen, der Grad des Zusammenschlusses in einer neuen Qualität auf eine bislang nie gekannte Stufe gehievt. Doch gerade im geographi-

schen Bereich von „Donauropa“ sind viele Erwartungen unerfüllt geblieben. Nicht alle Staaten der Region sind überhaupt schon aufgenommen in den europäischen Club, Zukunftsperspektiven ungewiss und Ernüchterung weithin verbreitet. Die Flüchtlingskrise der zurückliegenden Jahre hat die Spaltung der Europäischen Union derart vertieft, dass manche in diesem Zusammenhang schon von einer Wiederbelebung der alten Ost-West-Spaltung sprechen. Die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber der Not der Flüchtlinge, die 2015 in Ungarn und anderswo zu beobachten war, ist vielen im Westen bis heute unverständlich geblieben, und doch hat sie ihre Wurzeln in der Geschichte, die in Mitteleuropa viel gegenwärtiger ist als in anderen Teilen des europäischen Kontinents, und in den Besonderheiten der postkommunistischen Übergangsphase. Der Schutz der eigenen politischen Gemeinschaft wurde als bedroht betrachtet, die Wahrnehmung Europas als einer Sicherheitsunion erhielt einen qualitativen Schub, die sogenannten „illiberalen“ Tendenzen gewannen politisch an Raum. Es zeigte sich einmal mehr, dass nirgendwo in Europa der Nationalismus mehr beheimatet ist als in jener Region, die ihre Entstehung dem Zerfall des Habsburger Riesens Reichs verdankt und zugleich mit den Geburtsfehlern der imperfekten Ordnung der Pariser Vorortverträge von 1919/20 und Abstrichen an der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker verbunden ist.



Visegrád-Gruppe

Die alte Lehre, dass Nationalismus Krieg bedeutet, sollte auf dem Balkan und in Mitteleuropa besonders gegenwärtig sein. Doch die Vorbehalte gegen Machtspiele der Großmächte, die Befürchtung, zum Spielball zu werden, wirken hier bis in die Gegenwart nach. Gewiss, ohne Hitler und Stalin wäre Europa nicht zu der politischen Gemeinschaft geworden, die es heute ist. Aber richtig ist auch, dass die Möglichkeit eines Interessenausgleichs über die Köpfe der Nationen hinweg in Ostmitteleuropa aus historischen Gründen skeptischer betrachtet wird als anderswo.

Wenn wir die Fehler des politischen Zusammenschlusses in Europa in den letzten dreißig Jahre betrachten, so treten zwei Kardinalfehler hervor: zum einen die mangelnde Bereitschaft, über Europas Rolle in der Welt nachzudenken und daraus konkrete praktische Folgerungen zu ziehen und zweitens, die Missachtung der Wirkungsmacht der Geschichte, die gerade in Mitteleuropa so vielfältige und nachwirkende Prägekräfte entfaltet, zugunsten einer ahistorischen und detailversessenen Regelungswut. Erst mit dem Aufkommen populistischer

Bewegungen und einer Parteienkrise in ganz Europa ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass die fehlende innere Einheit zunehmend das strategische Kernproblem Europas in einer sich rapide wandelnden Welt geworden ist und die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, Wohlstand und Demokratie, keine Selbstläufer, und schon gar nicht Selbstverständlichkeiten sind. Mit Schmerzen werden wir in den letzten Jahren immer wieder daran erinnert: Gute Regierungsführung ist kein Naturgesetz, es gibt nicht einmal ein Anrecht darauf, gut regiert zu werden.

Geschichtlich betrachtet war der mitteleuropäische Raum mit dem Auseinanderbrechen der Habsburgermonarchie auch als Wirtschaftsgebiet zerfallen. Schon in den 1920er und 1930er Jahren folgten dann eine Reihe von wirtschaftlichen Mitteleuropakonzeptionen, die um den Gedanken einer gesamteuropäischen Zollunion kreisten und in gewisser Hinsicht mit den Plänen Aristide Briands um eine Europäische Föderation korrespondierten. Doch all diese changierenden Vorstellungen über die „Neuordnung des Donaurooms“, wie sie zum Beispiel mit der Idee eines Präferenzsystems der Donaustaaten vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag verbunden waren, scheiterten an der politischen Heterogenität, auch an Revisionismusverdächtigungen und dem zunehmend frostigen politischen Gesamtklima, das maßgeblich vom Streben Hitlers nach Hegemonie in Kontinentaleuropa geprägt wurde. In der bipolaren Welt des Kalten Krieges war für Mitteleuropa kaum Platz. In der Spätphase des Kalten Krieges wurde Mitteleuropa dann zur Chiffre für Intellektuelle und Visionäre, die auf eine Überwindung des Blocksystems und eine Aufweichung der künstlichen Trennung spekulierten. Die Kooperation zwischen Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn, die im Vertrag von Visegrad schon 1991, damals mit gemeinsamen historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Erfahrungen begründet wurde und der Demokratisierung der Region dienen sollte, hat sich im Laufe der Jahre zu einem einflusspolitischen Instrument entwickelt, dessen Grenzen in der Uneinheitlichkeit der politischen Absichten der Mitgliedsstaaten liegen, aber bis heute in Variationen den Anspruch auf politische Gestaltung, auf eine Brückenfunktion zwischen der Europäischen Union, Russland und den Nicht-Balkan-Staaten formulieren.

Die Europäische Union hat mit der Donauraumstrategie ein Instrumentarium zur Verbreiterung des Wohlstands und insbesondere der Förderung von Infrastrukturmaßnahmen geschaffen, doch die Grenzen dieses Instrumentariums liegen im strategischen Bereich. Genau hier lagern die größten Gefährdungen und die forderndsten Zukunftsaufgaben. Solange ein Teil der Staaten der Region noch nicht Mitglied der EU ist und die innere Krise der Union anhält, bzw. aus Gründen der politischen Auffassungsunterschiede weitere Vertiefungen der Spaltung Europas nicht auszuschließen sind, werden die Einflussversuche Russlands und der Türkei zunehmen und der Ruf nach einem auf die Bedürfnisse der jeweiligen Einzelstaaten zugeschnittenen, wirtschaftliche und diplomatische Aspekte miteinander verbindenden Konzept steigen. Der Berlin-Prozess von 2014 geht von der richtigen Grundanalyse aus, ist in seinem Instrumentarium jedoch zu schwach, um diese Rolle zu erfüllen. Frankreich und Großbritannien sind aus unterschiedlichen





Russlands Präsident Wladimir Putin mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im September 2018 in Moskau

Gründen in der Region politische und wirtschaftliche Spieler der zweiten Reihe. Deutschland ist, nicht zuletzt aufgrund der nachwirkenden Erinnerungen an die einst auf Friedrich Naumann zurückgehende Begrifflichkeit „Mitteleuropa“ und die dahinterstehenden einflusspolitischen Absichten zurückhaltend, wird aber um eine wesentlich stärkere Rolle in der Region nicht umhinkommen, wenn wir unsere Verantwortung für Gesamteuropa gewissenhaft wahrnehmen.

Bayern ist dabei von allen deutschen Ländern in der stärksten Position. Es verfügt über traditionelle, historisch gewachsene Beziehungen, die geographische, aber auch kulturelle Nähe, eine leistungsfähige Wirtschaft und einen ausgezeichneten Ruf. Das strategische und auch das wirtschaftliche Gewicht

Mitteleuropas werden in den kommenden Jahren weiter steigen. Von einem einheitlichen Konzept sind wir indes noch weit entfernt. Was deshalb jetzt gefordert ist, ist ein auf die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Länder abgestimmtes Konzept, eine stärkere Präsenz und eine kluge Diplomatie. Es geht auf weite Sicht um Europa, und es bietet die Chance, die Verwirklichung der eigenen Interessen mit einer aktiv gestaltenden, vorausschauenden Politik auf den Weg zu bringen. Strategisches Handeln und der Mut zum Handeln lauten deshalb die Forderungen der Stunde.

**Prof. Dr. Ulrich Schlie**

*Inhaber des Lehrstuhls Diplomatie an der Andrassy Universität in Budapest*

*Neben seiner Lehrtätigkeit, die er seit 2015 ausführt, ist er der Mitbegründer des Zentrums für Diplomatie an der Andrassy Universität.*

*Zuvor war er an der Tufts und Harvard University tätig. Von November 2005 bis Juli 2014 war er politischer Direktor und Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung.*

*Seine Schwerpunkte sind die deutsche und europäische Geschichte seit dem 18. Jhd., die Außenpolitik, das Völkerrecht und internationale Sicherheit.*

Anzeige

**MBDA**  
MISSILE SYSTEMS  
EXCELLENCE AT YOUR SIDE

**MBDA**  
Der Moment, in dem Kompetenz und Erfahrung zum Einsatz kommen. Für diesen Moment arbeiten wir. Wir stellen unsere Fähigkeiten und unsere langjährige Erfahrung aus fünf europäischen Nationen in den Dienst unserer Streitkräfte.

AIR DOMINANCE	AIR DEFENCE	MARITIME SUPERIORITY	BATTLEFIELD ENGAGEMENT

[www.mbd-systems.com](http://www.mbd-systems.com)

# EU-TÜRKEI-BEZIEHUNGEN: ZEIT FÜR MEHR EHRlichkeit MANFRED WEBER



Manfred Weber

Europa hat ein fundamentales Interesse an guten Beziehungen zur Türkei. Beim Lösen der humanitären Notlage in Syrien, bei der Begrenzung der Migration und beim Kampf gegen den Terror spielt die Türkei eine Schlüsselrolle. Für Sicherheit und Frieden im Nahen Osten kann eine konstruktive Türkei als der NATO-Staat mit der zweitgrößten Truppenstärke einen entscheidenden Beitrag leisten. Als Markt von mehr als 80 Millionen Menschen birgt die Türkei ein großes wirtschaftliches Potential für Europa.

Trotz dieser Bedeutung der Türkei für Europa sind in den letzten Jahren vor allem die Probleme in den Vordergrund gerückt. Vorwürfe und Enttäuschungen von beiden Seiten haben die Beziehungen belastet. Es ist deshalb an der Zeit, unsere Partnerschaft neu zu definieren. Die EU-Türkei-Be-

ziehungen brauchen Ehrlichkeit statt falsche Versprechungen und einen klaren Fokus auf Ergebnisse. Wir Europäer müssen endlich langfristige Klarheit schaffen und dazu gehört: Eine türkische EU-Mitgliedschaft ist keine Option.

**Klarheit schaffen: Türkische EU-Mitgliedschaft ist keine Option**

Die letzten Jahre haben besonders die Unterschiede zwischen der Türkei und Europa verdeutlicht. Die heutige Türkei hat sich weit von Europa entfernt. Deswegen hat sich das Europäische Parlament bereits dafür ausgesprochen, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen. Wir sollten aber noch einen Schritt weiter gehen und endlich den Wortlaut von Artikel 49 des EU-Vertrags befolgen.

Manfred Weber an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei







Überwachung der EU-Außengrenze durch einen Bundespolizisten

Dort steht festgeschrieben, dass nur europäische Staaten beitreten können, und dies auch nur, wenn sie alle unsere europäischen Werte achten und fördern. Beide Bedingungen werden von der Türkei nicht erfüllt – sie kann also schlicht kein Mitglied der EU werden. Es ist deshalb eine Frage der Ehrlichkeit gegenüber den Menschen in der Türkei und in Europa, die Beitrittsverhandlungen endlich zu beenden. Wer die Illusion eines möglichen Beitritts aufrechterhält, sorgt nur für weitere Enttäuschung auf beiden Seiten. Europa und die Türkei könnten heute ohne

das Hindernis der Beitrittsperspektive einfacher zu einer guten Partnerschaft finden.

#### Offenheit zur Zusammenarbeit in konkreten Bereichen

Anstatt über den Beitritt zu verhandeln, sollten Europa und die Türkei deshalb in den Bereichen zusammenarbeiten, wo konkrete Fortschritte zum beiderseitigen Vorteil möglich sind. Für einen ehrlichen Neustart der EU-Türkei-Beziehungen sollten die folgenden vier Punkte unsere Richtschnur sein:

#### 1. Die türkischen Leistungen im Flüchtlingsbereich unterstützen

Gemeinsam können Türkei und Europa Enormes leisten. Die jüngste Flüchtlingskrise ist das beste Beispiel: Die Türkei hat mehr als 3,5 Millionen syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz geboten und ist damit das mit Abstand wichtigste Aufnahmeland. Für Europa war es eine Frage der Humanität und der Solidarität, die Türkei dabei zu unterstützen: Seit dem EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 hat Europa die Gesundheitsversorgung von 760.000 syrischen Patienten und die Schulbildung von fast 500.000 syrischen Kinder in der Türkei finanziert. Die Gelder sind dabei nicht an den türkischen Staat geflossen, sondern gingen direkt an die Hilfsorganisationen und ihre Projekte vor Ort. Europa muss diese direkte humanitäre Unterstützung in der Türkei fortsetzen. Zusammen können



Proteste gegen die Verhaftungen von Journalisten der unabhängigen Zeitung „Cumhuriyet“ durch die türkischen Regierung

Europa und die Türkei die humanitäre Krise des syrischen Bürgerkriegs lindern.

#### 2. Die Zusammenarbeit beim Grenzschutz fortsetzen

Der zweite große Erfolg der europäisch-türkischen Zusammenarbeit ist der Grenzschutz. Durch das EU-Türkei-Abkommen von 2016 und die NATO-Operation im Ägäischen Meer konnte die illegale Migration vor den Toren Europas gestoppt werden. Die Zahlen sprechen für sich: 2017 und 2018 kamen 96% weniger illegale Migranten nach Griechenland als im Krisenjahr 2015. Europa und die Türkei haben demonstriert, dass sie zusammen die europäische Grenzsicherheit erhöhen und das menschenverachtende Geschäftsmodell der Schlepperbanden zerschlagen können.

#### 3. Gemeinsam Frieden in Syrien schaffen

Mehr Zusammenarbeit braucht es bei der Lösung des Konflikts in Syrien. Um dauerhaften Frieden in der Region zu sichern, ist die Türkei ein unverzichtbarer Akteur. Die Türkei kann islamistische Kämpfer und Nachschub hindern, ins Kriegsgebiet zu kommen. Und die Türkei kann und muss eine friedliche Lösung für die kurdischen Autonomiebestrebungen im Irak und Syrien finden. Wir Europäer müssen alle unsere Verbindungen zur türkischen Führung nutzen, damit sie den Frieden in den kurdischen Gebieten am Verhandlungstisch sucht und nicht auf dem Schlachtfeld. Schon während des Kalten Krieges haben Europa und Türkei gemeinsam die Region vor dem Kommunismus bewahrt. Zu diesem gemeinsamen Ansatz müssen wir zurückkehren, um die Probleme unserer Zeit zu lösen. Frieden und Stabilität in unserer Nachbarschaft sind in unserem gemeinsamen Interesse.

#### 4. Mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit nur bei Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit

Seit dem schrecklichen Putschversuch im Sommer 2016 hat sich die Situation des Rechtsstaats in der Türkei weiter verschlechtert. Natürlich muss sich der Staat gegen jene wehren, die seine demokratische Ordnung angreifen. Aber die Reaktion der Behörden muss verhältnismäßig sein und die Regeln des Rechtsstaats wahren, sonst riskiert die Türkei, ebendiese Werte zu beschädigen, die sie eigentlich verteidigen will.

Ob eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und insbesondere eine Vertiefung der Zollunion möglich ist, wird deshalb ganz entscheidend von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei abhängen. Europäische Unternehmen benötigen Rechtssicherheit und ein unabhängiges Justizsystem, um frei und ohne Angst zu arbeiten. Genauso wenig werden wir jemals die willkürliche Inhaftierung und Festsetzung von EU-Bürgern aus politischen Gründen in der Türkei akzeptieren.

Die Türkei muss zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehren, wenn sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU vertiefen will.



Die Bundespolizei bei der Unterstützung der örtlichen Grenzschutzbehörden in der griechischen Ägäis

#### Fazit

Europa und die Türkei müssen aufhören, sich über unerreichbare Ziele zu streiten und stattdessen ehrlich eingestehen: Die EU-Mitgliedschaft ist keine Option für die Türkei. Darüber hinaus ist aber klar: Die besten Ergebnisse erreichen wir zusammen und nicht gegeneinander. Zusammen können wir den syrischen Kriegsflüchtlingen helfen und unsere Grenzen schützen. Zusammen müssen wir als NATO-Partner für Frieden und Stabilität im Nahen Osten eintreten. Und wenn die Türkei ihr demokratisches Defizit überwindet und sich wieder Europas Werten annähert, dann können wir durch eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Wenn in diesen Punkten Klarheit herrscht, dann kann ein Neustart der EU-Türkei-Beziehungen gelingen.

#### Manfred Weber, MdEP

Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Manfred Weber ist der Spitzenkandidat der EVP für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bei den diesjährigen Europawahlen.

Er startete seine politische Karriere 2003 als Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern. Nach mehreren Stationen im Bezirks- und Landkreis, war er von 2002 – 2004 Mitglied des Bayerischen Landtags.

Anschließend wechselte Manfred Weber 2004 ins Europäische Parlament.

Seit 2015 ist er stellvertretender Parteivorsitzender der CSU.



# NORD STREAM 2: GEOPOLITISCHE DIMENSIONEN DER EU-ENERGIEPOLITIK

FRANK UMBACH



Dr. Frank Umbach

Die russisch-ukrainischen Gaskonflikte von 2006, 2009 und 2014 waren nur vordergründig Preiskonflikte, tatsächlich aber untrennbar mit geopolitischen Strategien Russlands verbunden. Auch mit Blick auf China benötigt die EU eine proaktive Energieaußenpolitik (offiziell: „Energieaußenbeziehungen“), um präventiv derartige Energiekonflikte zu deeskalieren und auf neue Herausforderungen der Energiesicherheit sowie ihren außenpolitischen Implikationen besser vorbereitet zu sein. Nach dem umstrittenen Bau von Nord Stream-1 (NS-1) können die kontroversen Diskussionen über den Bau der Gaspipeline Nord Stream-2 (NS-2) weder in der EU noch im transatlantischen Verhältnis überraschen, zumal diese eine Debatte über die EU-Russland-Beziehungen sind. Dabei ist sowohl russisches Gas für Europa weiterhin notwendig als auch amerikanisches Flüssiggas (LNG), da beides benötigt wird. Doch zeigen die NS-2 Kontroversen, dass künftig mehr denn je die strategischen Auswirkungen auf andere EU-Staaten und die gemeinsame EU-Energie(außen)politik bedacht werden müssen. Dies gilt bei der NS-2 Pipeline umso mehr, da sowohl die Europäische Kommission, die große Mehrheit des Europäischen Parlaments als auch der EU-Staaten sowie die USA gegen das Projekt sind.

## Deutsch-russische Energie- und Wirtschaftsbeziehungen auf Kosten der EU?

Kein anderer EU-Staat hat das Pipelineprojekt politisch derart unterstützt wie Deutschland. Dies ist insofern verständlich, als Deutschland hiervon mehr als jeder andere EU-Staat ökonomisch profitieren wird, da Deutschland damit zum wichtigsten Umschlagplatz für russisches Pipelinegas aufsteigen wird. Doch würde dies auf Kosten der bisherigen EU-Transitstaaten wie Polen, die Slowakei und vor allem der Ukraine geschehen, die alle signifikante Transiteinnahmen (Ukraine: rund 3 Mrd. Euro) verlieren würden. Außenpolitisch verstößt Deutschlands als reichstes und ökonomisch stärkstes Mitglied gegen das EU-Prinzip der politischen Solidarität, das in der Gasdiversifizierungsstrategie von 2014/16, dem vereinbarten Projekt der „Energie-Union“ von 2015 und bereits als Kernprinzip des Lisaboner Vertrages kodifiziert worden war. Dabei kann in der EU kein anderer Staat die politisch-ökonomische Führungsrolle Deutschlands und entsprechende Verantwortlichkeiten für die EU als Ganzes übernehmen. Mit der aus der faktischen

Ablehnung einer solchen Führungsrolle resultierende außenpolitische Selbstverzweigung schadet Deutschland nicht nur der gemeinsamen Energie- und Außenpolitik der EU, sondern mittel- und langfristig sich auch selbst.

## Gegenseitige Abhängigkeit?

Zwar haben Deutschland und Westeuropa selbst in Zeiten des Kalten Krieges keine Negativerfahrungen mit russischen Gasimporten gemacht. Doch gilt dies nicht für die osteuropäischen EU-Staaten, die Ukraine u.a., da Moskau wiederholt Gas- und Öllieferunterbrechungen sowie mit deutlich höheren Gaspreisen (gegenüber Westeuropa) versucht hat, deren Energieimportabhängigkeit von Russland außenpolitisch zu instrumentalisieren.



Aus Sicht der NS-2 Kritiker ist die deutsche Politik völlig widersprüchlich, wenn einerseits Deutschlands zu Recht auf die Aufrechterhaltung der EU-Sanktionen gegenüber Russland als Folge der völkerrechtswidrigen Moskauer Annexion der Krim

innerhalb der EU beharrt, sich aber gleichzeitig von Russland entgegen der gemeinsamen EU-Gasdiversifizierungspolitik immer abhängiger macht. Das dabei im deutsch-russischen Verhältnis bis heute mantrahaft vorgetragene Argument einer gegenseitigen bilateralen Abhängigkeit übersieht nicht nur, dass eine solche qualitativ unterschiedlich ausgeprägt sein kann bzw. unterschiedlich wahrgenommen wird, sodass eher ein asymmetrisches Abhängigkeitsverhältnis besteht, wie außenpolitische Experten Russlands wiederholt festgestellt haben. Vor allem ist dieses Argument inzwischen völlig desavouiert, weil es weder die russisch-ukrainischen Gaskonflikte mit ihren direkten Auswirkungen auf die EU noch die russische Annexion der Krim, die Besetzung der ukrainischen Ostgebiete oder die hybride Kriegsführung des Kreml gegen die EU und Deutschland erklären kann. Ebenso wenig überzeugend ist das Argument, dass der Ausbau der europäisch-russischen Gasbeziehungen umso wichtiger werde, wie sich die bilateralen Beziehungen durch immer neuere Konflikte verschlechtern würden. Dann stellt sich jedoch die Frage, warum der Kreml jemals seine Aggressionspolitik aufgeben soll, wenn die wichtigste Einnahmequelle nicht angetastet wird und Deutschland über erhöhte Gasimporte diese finanziell erst möglich macht.

## Stärkung der deutschen und europäischen Gasversorgungssicherheit?

Nicht selten wird suggeriert, dass NS-2 zusätzliches Gas nach Europa bringe und somit die Liquidität erhöhe. Doch die Pipeline ist als Umgehungspipeline der Ukraine gedacht und bringt vorerst kein zusätzliches Gas nach Europa. Außerdem besteht für den Bau keine akute Notwendigkeit, da Russland gegenwärtig bereits eine Gasexportkapazität von rund 250 Mrd. Kubikmeter (einschl. über die Ukraine) nach Europa hat, aber nur rund 180 Mrd. Kubikmeter exportiert und daher derzeit kein Kapazitätsengpass besteht.

Der Bau von NS-2 widerspricht auch dem deutschen Argument der Routendiversifizierung als Stärkung der Gasversorgungssicherheit, da mit dem Bau der NS-2 rund 67% aller russischer Gasexporte in die EU über eine einzige Route verlaufen. Faktisch handelt es sich stattdessen um eine Routenkonzentration mit erhöhten Risiken der Versorgungssicherheit

bei Gastransportausfällen aufgrund technischer Probleme, als Folge von Cyberangriffen oder politischer Motive. Vor allem aber verstößt Deutschland als größter Mitgliedstaat mit dem Pipelineprojekt gegen die gemeinsame EU-Gasdiversifizierungsstrategie, die explizit eine Verringerung der Gasimportabhängigkeit von Russland vorsieht.

## Ein rein kommerzielles Projekt?

Erst im April letzten Jahres hatte die Kanzlerin aufgrund des außenpolitischen Druckes und zunehmender innenpolitischer Kritik konzediert, dass das Pipelineprojekt nicht nur kommerzielle, sondern auch politische Dimensionen habe. Dabei konzedieren auch Manager der europäischen Gaskonzerne in nichtöffentlichen Diskussionen, dass bei russischen Pipelineprojekten kommerzielle von geopolitischen Interessen nicht getrennt werden können, sondern immer eine Medaille mit zwei Seiten seien.

Zudem hat Russland bei NS-2 - wie bei allen anderen Pipelineprojekten (wie NS-1, South Stream, Turk Stream) - kein Geheimnis daraus gemacht, dass sie alle der Umgehung der Ukraine dienen. Würde die Ukraine kein russisches Gas nach Europa mehr weiterliefern, selbst aber allein von russischem Gas abhängig bleiben, wäre Kiew politisch erpressbar.

Kommerziell ist die Pipeline für die europäischen Gaskonzerne nur deshalb profitabel, weil ein wesentlich größerer Investitionsanteil des Baus der Gaspipeline gar nicht eingepreist wird. So sind in dem angebotenen „billigen“ Gaspreis nur die Investitionskosten der Offshorepipeline durch das Baltische Meer eingepreist, nicht aber die wesentlich höheren Investitionskosten für den Bau der Anschluss- und Verbindungspipelines des nordwestlichen Gaspipelinennetzes von St. Petersburg zu den neuen und zudem wesentlich teureren Gasfeldern auf Jamal - einer Permafrostregion mit Temperaturen von bis -50 Grad Celsius. Unabhängige russische Energieexperten haben die Gesamtkosten von NS-2 auf rund 40 Mrd. Euro gegenüber den offiziellen 10-11 Mrd. Euro beziffert. Faktisch wird das vermeintlich „billige“ russische Gas vom Kreml in erheblicher Weise aus geoökonomischen und geopolitischen Gründen subventioniert. Unter diesen Umständen kann jedoch kein wirklich fairer Wettbewerb zwischen „billigem“ russischen Gas und „teurem“ amerikanischen LNG entstehen, da US-LNG in



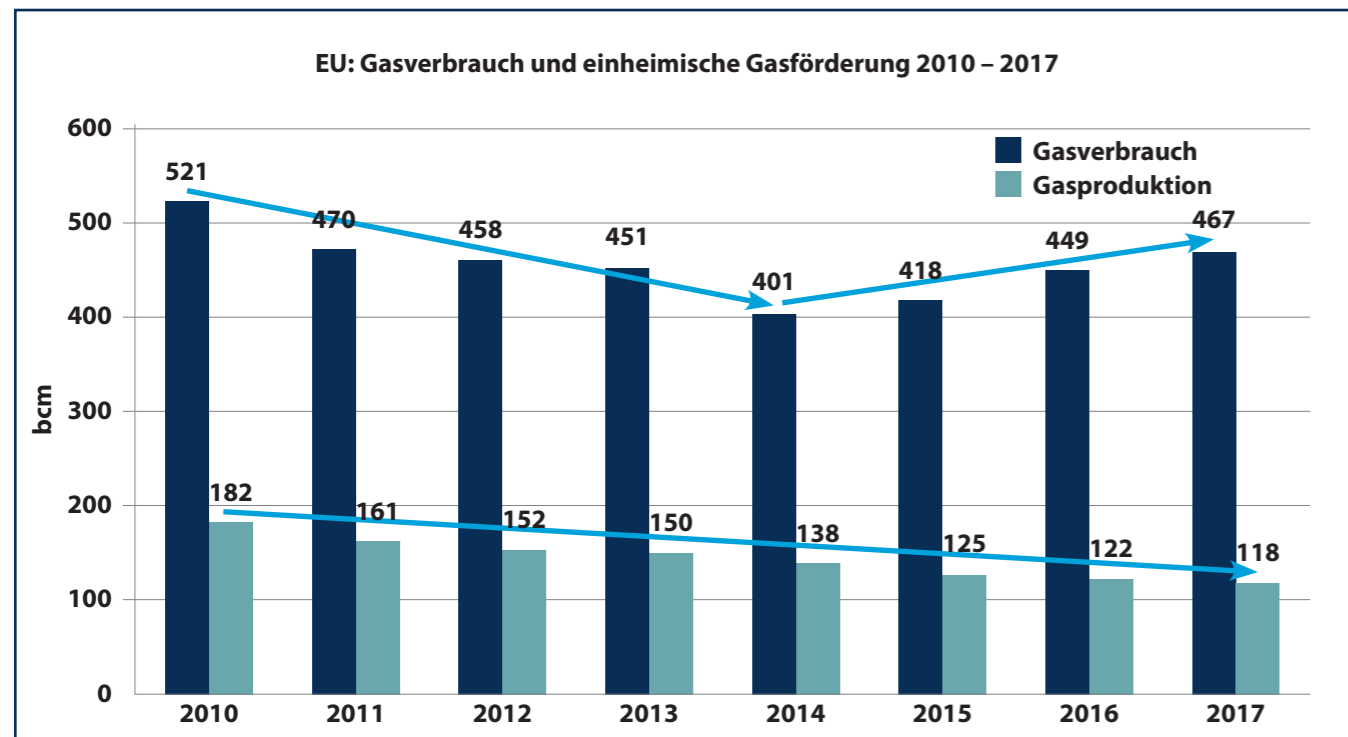
keiner vergleichbaren Weise von der US-Regierung zugunsten der privaten US-Gaskonzerne subventioniert wird. Dieser „Mythos von billigem russischen Gas“ wurde offiziell durch einen aufsehenerregenden Bericht der staatlichen russischen Sberbank vom Mai letzten Jahres bestätigt, der die Kommerzialisierung von NS-2 wie auch der anderen neuen russischen Gaspipelines für die nächsten 20 Jahre in Abrede gestellt hat.

### Die Notwendigkeit einer größeren strategischen Ausrichtung der deutschen Gasversorgungssicherheit

Mit der von der Bundesregierung beschlossenen Unterstützung des Baus von 1-2 LNG-Gasimportterminals besteht erstmals die Möglichkeit, LNG direkt nach Deutschland zu importieren und damit die Gasversorgungssicherheit zu stärken und -importabhängigkeit von Russland zu verringern. Aus

an einer kurzfristigen, sondern auch langfristigen Aufrechterhaltung des ukrainischen Transitkorridors für russisches Gas nach Europa beharren.

Des Weiteren sollten die anhaltenden Kontroversen bei NS-2 für die Bundesregierung zum Anlass der Überprüfung genommen werden, ob die politischen Entscheidungsprozesse für derartige komplexe Fragen (wie kommerziell-geopolitische Projekte des Auslands unter Beteiligung deutscher Unternehmen) mit potentiellen außenpolitischen Auswirkungen in der EU und NATO institutionell wirklich adäquat ausreichend sind. So hat sich in anderen Staaten ein oberhalb der Ministerien institutionalisierter nationaler Sicherheitsrat bewährt, der die verschiedenen Sichtweisen aller Ministerien, aber auch anderer Länder sowie der EU und NATO bündelt und in kohärente nationale Gesamtstrategien für die Regierung einbindet.



Quelle: EU basierend auf BP-Statistical Review of World Energy, June 2018

diesen Gründen sollte der Bau jedoch nicht primär als Geste des guten Willens Deutschlands gegenüber den USA zur Festigung der transatlantischen Beziehungen forciert werden, sondern aus strategischen Gründen der eigenen Gasversorgungssicherheit, von der auch die EU-Energiesicherheit als Ganzes profitieren würde. Zudem ist der Aufbau einer entsprechenden LNG-Infrastruktur ohnehin für Deutschland notwendig, da der maritime Schiffsverkehr seinen Beitrag zu den vereinbarten Klima- und Umweltschutzziele durch einen Wechsel von Schweröl und Diesel hin zu sauberem LNG leisten muss. Ein derartiger LNG-Infrastrukturaufbau ist aber vorerst kommerziell nur in einer Entfernung von nicht mehr als 200 km möglich, sodass sich Deutschland auch deshalb nicht allein auf LNG-Terminals im benachbarten Ausland verlassen kann, wenn sich Deutschland künftig nicht neuer Geschäftsfelder berauben will.

Gleichzeitig müssen Deutschland und die EU im strategischen Eigeninteresse in den Verhandlungen mit Moskau nicht nur

### Dr. Frank Umbach

Forschungsdirektor am EUCERS, King's College, London

Neben seiner Tätigkeit am King's College ist Frank Umbach Mitglied des renommierten International Institute for Strategic Studies (IISS) in London und Senior Associate am Centre for European Security Strategies (CESS) in München. Als Gastprofessor für EU Energiepolitik unterrichtet er am College of Europe in Natolin/Warschau (Polen).

Neben diversen Beratertätigkeiten für in- und ausländische Ministerien, NATO, Europäische Kommission und Europäisches Parlament, ist er Vertragsautor beim Geopolitical Intelligence Service (GIS). Seine über 500 Publikationen wurden in mehr als 30 Ländern veröffentlicht.

## DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR: ORIENTIERUNG UND REORGANISATION

### ANDRÉ WÜSTNER



André Wüstner

Die Lage ist weder neu noch kam sie überraschend: Schon im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 ist glasklar beschrieben, vor welchen Herausforderungen Deutschland aktuell steht. Nach wie vor ist unsere Weltordnung in einem dramatischen Umbruch begriffen. Wir erleben ein Europa voller Renationalisierungstendenzen, ein Europa, in dem Frieden und Stabilität keine Selbstverständlichkeit mehr sind.

Russlands Präsident Putin hat nach der rechtswidrigen Annexion der Krim zuletzt einmal mehr unter Beweis gestellt, dass er jederzeit handstreichartig eskalieren kann, ohne spürbare Konsequenzen fürchten zu müssen. Anders lassen sich die Vorgänge in der Straße von Kertsch kaum bewerten. Der Kreml hat offenbar kein Interesse an langwierigen Konflikten, sein neues Erfolgsrezept heißt: Konfrontationen durch Schockmomente schnell für sich entscheiden. Mit der Einführung der SSC-8-Mittelstreckenrakete baut Russland zudem sein breites Bedrohungspotential weiter aus, die Folge ist Eskalationsdominanz: Der Westen kann dieser Bedrohung in Europa aktuell nur sehr eingeschränkt begegnen.

Die USA, strategisch jahrzehntelang wichtigster Partner Deutschlands und Europas, wandeln sich sicherheits- und wirtschaftspolitisch immer mehr zum Unsicherheitsfaktor. Ich nenne beispielhaft Präsident Trumps Handelsstreit mit China, die einseitige Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran, seinen undiplomatischen Rückzug aus dem INF-Vertrag oder seine nicht abgestimmten Absichtserklärungen, die US-Truppen zügig aus Afghanistan und Syrien abziehen zu wollen.

Auch das schnell wachsende China verschiebt das Machtgleichgewicht. Viele Experten sind sich einig, dass China langfristig seine Interessen auch militärisch durchsetzen wird – alleine schon, um von inneren Spannungen abzulenken.

Die Herausforderungen sind also groß und global – und können deshalb nur von einer tragfähigen Gemeinschaft gelöst werden. Deutschland muss alles daransetzen, dass die Bündnissolidarität oberstes Gebot bleibt und einer „Bilateralisierung“ der transatlantischen Beziehungen entgegenwirkt wird.

Und die EU? Die ringt und hadert mit sich selbst. Ein gemeinsames Zukunftsbild ist nicht erkennbar. Stattdessen droht ein ungeordneter Brexit, schlingert Italien, halten nationale Alleingänge in einigen osteuropäischen Staaten an und randalieren „Gelbwesten“ in Frankreich. Da ist Gemeinsamkeit in der Beschreibung von Zielen nicht erkennbar, geschweige denn in der Lösung von Problemen. Doch woran sollen die Menschen noch glauben, wonach sollen sie sich ausrichten? Dabei brauchen wir Orientierung. Alle in Europa sind aufgerufen, neue europäische Ziele zu definieren. Auch Deutschland. Welche Rolle, welche Verantwortung wollen wir über die wohlfeilen Formulierungen aus dem Weißbuch 2016 hinaus tatsächlich übernehmen? Welche Mittel sind wir bereit, dabei einzusetzen? Diese Debatte muss endlich beginnen, in der Regierung, im Parlament und darüber hinaus. Warum? Weil es um die Bewahrung des Friedens auf unserem Kontinent und darüber hinaus geht. Für uns, aber vielmehr für unsere Kinder und Enkelkinder!



Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Kloster Seeon; Gemeinsames Pressestatement mit Dr. Reinhard Brandl, Alexander Dobrindt, Generalinspekteur Eberhard Zorn und Thomas Silberhorn

Daher finde ich es gut und richtig, dass sich die CSU während ihrer jüngsten Klausurtagung im Kloster Seeon mit den Herausforderungen in Deutschland, Europa und der Welt auseinandergesetzt und Ziele formuliert hat. Gerade im Jahr der Europawahl ist es von besonderer Bedeutung, Position zu beziehen und für diese einzutreten.

In Seeon ging es folgerichtig auch um die Bundeswehr, die



neben Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit das wesentliche Instrument deutscher Sicherheitspolitik ist. Unsere Parlamentsarmee ist im schlechtesten Zustand seit 1990, zugleich ist sie durch die neue Gleichrangigkeit von Landes- und Bündnisverteidigung sowie internationales Krisenmanagement so stark gefordert, wie noch nie in ihrer Geschichte. Es ist deshalb richtig, dass die Trendwenden Material, Personal und Haushalt auf den Weg gebracht wurden. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden, die Trendwenden müssen beschleunigt zur Wirkung gebracht werden. Mehrere Punkte sind dabei besonders wichtig:

Erstens: Beschaffungsverfahren müssen beschleunigt werden, damit wir möglichst schnell wieder voll ausgestattete Einheiten und Verbände haben. Zweitens: Die Bundeswehr muss auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig werden. Das ist eine zwingende Voraussetzung für die Personalgewinnung und -bindung. Hier ist der Gesetzgeber am Zug. Stichworte dabei sind Besoldung und Versorgung. Drittens: Die erstmals seit 1990 wieder wachsende Bundeswehr braucht schnellstens zusätzliche Infrastruktur für Ausbildung und Unterkunft. Viertens: Die Führungs- und Organisationsstruktur muss angepasst werden, damit der Verantwortungsdiffusion entgegengewirkt, dem Prinzip des „Führen mit Auftrag“ wieder entsprochen und die Effektivität gesteigert werden kann. Schließlich, fünftens: Die Einsatzbelastung muss zumindest zeitweise reduziert werden, um ein geordnetes Wachstum und die Reorganisation der Bundeswehr zu ermöglichen.

Anzeige

**Für Einsatz im Fahrzeug**  
Intelligente Bordstromversorgung

**EMILY 2200**  
NSN: 6116-12-382-0376

**POWER MANAGER 3G**  
NSN: 6116-12-389-4614

**Für abgesetzten Einsatz**  
Portable und intelligente Stromversorgung

**JENNY 600S**  
NSN: 6116-12-389-4618

**JENNY 1200**  
NSN: 6116-12-404-2659

Reorganisation kostet Kraft. Das gilt für die Bundeswehr wie für die NATO oder die in der Entwicklung befindliche europäische Verteidigungsunion. In allen Feldern ist sie notwendig, schließlich geht es um unsere wehrhafte Demokratie, eingebettet in eine Gemeinschaft, die dem Frieden und der Freiheit verpflichtet ist. Die Grundlage dafür ist Sicherheit im Rahmen einer regelbasierten Ordnung.

Jetzt heißt es daran zu arbeiten, dass dies alle in Deutschland und Europa verstehen und entsprechend handeln. Im Deutschen Bundeswehrverband gilt: „Nur gemeinsam sind wir stark“. Das gilt auch für Europa. Niemand darf vergessen, dass uns die Europäische Union die längste Friedensperiode unserer blutigen Geschichte beschert hat. Darauf müssen wir aufbauen. Gemeinsam! Jetzt!

### André Wüstner

Bundevorsitzender des Bundeswehrverbandes e.V. (DBwV)

Oberstleutnant André Wüstner ist seit 2013 der Bundesvorsitzende des DBwV mit seinen ca. 200.000 Mitgliedern. Seit 1994 ist er Soldat des Heeres und durchlief im Rahmen seines Werdegangs verschiedenste Führungsverwendungen auf unterschiedlichen Ebenen. Er war mehrfach in diversen Auslandseinsätzen, u.a. auf dem Balkan und in Afghanistan.

## Zuverlässige Energielösungen im taktischen Einsatz

-  **Längere Durchlaufzeit**
-  **Erhebliche Gewichtsersparnis**
-  **Einfache Wartung**
-  **Sehr geringer Treibstoffverbrauch**

Weitere Informationen unter  
[www.sfc-defense.com](http://www.sfc-defense.com)

**SFC**  
ENERGY

## ENTWICKLUNGSPOLITIK: „EU-MITTEL FÜR AFRIKA VERDOPPELN“ INTERVIEW MIT WOLFGANG STEFINGER



Dr. Wolfgang Stefinger

Die Weltbevölkerung wächst um 80 Millionen Menschen pro Jahr, vorwiegend in den Ländern Afrikas. Dr. Wolfgang Stefinger, Münchner Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des ASP FA Entwicklungspolitik, erklärt, warum nicht nur unsere, sondern auch die europäische Entwicklungszusammenarbeit neu ausgerichtet werden muss.

**Stefinger:** Genau. Hier geht es auch um Minderung von Fluchtursachen. Unser Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern soll dazu beitragen, dass die Menschen ihre Heimat möglichst nicht mehr verlassen müssen, sondern sich vor Ort eine Existenz aufbauen können.

**Frage:** Bundesentwicklungsminister Müller spricht davon, dass wir die Entwicklungspolitik neu positionieren müssen – warum?

**Stefinger:** Wir wissen alle: Globalisierung und Digitalisierung schaffen Chancen, haben aber auch ihre Schattenseiten. Dienstleistungen, Kapital und Personen sind heute weltweit im Austausch. Wir tragen Kleidung aus Bangladesch, trinken Kaffee aus Westafrika, kein Handy und kein Auto würde funktionieren ohne die Rohstoffe afrikanischer Länder. Durch Fernsehen und Internet sind wir weltumspannend vernetzt. Wissen und Informationen sind in Echtzeit rund um den Globus verfügbar. Es ist doch klar, dass wir in dieser von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägten Welt nur gemeinsam überleben und die Herausforderungen bewältigen können.

**Frage:** Wie soll das gelingen?

**Stefinger:** Europa und die Welt müssen ihre Anstrengungen insbesondere in Afrika verstärken. 10 Prozent der Weltbevölkerung haben weniger als 1,90 US-Dollar am Tag. Davon lebt mehr als die Hälfte in Afrika südlich der Sahara. Es liegt an uns, entschlossen auf diese Herausforderungen zu reagieren. Wir brauchen eine Offensive für mehr private Investitionen, mehr Wertschöpfung vor Ort, mehr Bildung und Ausbildung und vor allem mehr Jobs.

**Frage:** ...um den Menschen vor Ort wieder Perspektiven zu geben?

Konkret wollen wir mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung stärken und einen Schwerpunkt auf Reformpartnerschaften nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ setzen. Wer reformiert, dem wird eine vertiefte Partnerschaft angeboten. Wenn aber keinerlei Reformwille vorhanden ist, wird die Zusammenarbeit heruntergefahren. Zudem will das Ministerium mit einem umfassenden Entwicklungsinvestitionspaket Initiativen der Privatwirtschaft fördern und fairen Handel ermöglichen.



Bundentwicklungsminister Gerd Müller in Lusaka, Sambia. Hier werden junge Menschen zu Maurem ausgebildet.





Gerade in vom Klimawandel bedrohten Regionen muss die Grundversorgung wie Wasserleitungen und Schulen sichergestellt werden.

Beim internationalen Klimaschutz müssen wir ebenfalls unser Engagement ausbauen, um klimabedingte Flucht und Vertreibung zu vermeiden. Schon jetzt ist Deutschland mit seinem vorhandenen Know-how in vielen Staaten ein gefragter Partner.

**Frage:** Aber ist denn nicht die Sorge berechtigt, dass die Menschen mit steigendem Wohlstand erst in die Lage versetzt werden, sich auf den Weg nach Europa zu machen?

**Stefinger:** Festzuhalten ist, dass 85 Prozent der weltweiten Flüchtlinge von Entwicklungsländern aufgenommen werden. Darüber wird hier fast nie gesprochen. Allein in der Tschad-Region sind über 20 Millionen Klimaflüchtlinge unterwegs – dort hat es seit drei Jahren nicht mehr geregnet. Wir bauen dort Wasserleitungen und Schulen. Wir sorgen für die Grundversorgung und investieren so in Bleibeperspektiven. Es ist doch geradezu zynisch zu verlangen, unser Engagement zu verringern – aus Angst, diese Menschen könnten irgendwann einmal an unserem Wohlstandsniveau teilhaben wollen.

Ich selbst war im vergangenen Jahr im Irak und habe dort die völlig zerstörte Stadt Mossul besucht. Auch dank unserer Hilfsmaßnahmen sind inzwischen über 700.000 Menschen zurückgekehrt. Durch den Wiederaufbau von Schulen, alleine 180 davon in Mossul, können 600.000 Kinder wieder zur Schule gehen. Ihre Freude über einem einigermaßen geregelten Alltag war ihnen anzusehen.

Es ist ganz klar: Indem wir beim Wiederaufbau helfen und Ausbildung und Beschäftigung fördern, schaffen wir die

Grundlagen für die Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen. Denn wir bieten den Menschen Zukunftsperspektiven.

**Frage:** Stichwort Klimaflüchtlinge – inwieweit kann Entwicklungszusammenarbeit hier aktiv werden?

**Stefinger:** Klimapolitik ist immer auch Entwicklungspolitik. Deshalb kommen fast 90 Prozent unserer Mittel für die internationale Klimafinanzierung aus dem Haushalt des BMZ. Denn die internationalen Klimaziele entscheiden sich in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Nationale Maßnahmen alleine reichen nicht aus. Wir brauchen internationale Lösungen.

Ein Beispiel: 600 Millionen Afrikaner haben noch keinen Stromanschluss. Und die Bevölkerung wird sich bis 2050



Wolfgang Stefinger zusammen mit Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller in der zerstörten irakischen Stadt Mossul

auf dann 2,5 Milliarden verdoppeln. Wenn künftig jeder afrikanische Haushalt Strom auf der Basis von Kohle bezieht, müssten 1.000 neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Wir können die Afrikaner zum Verzicht auf Kohle nur bewegen, wenn wir sie beim Aufbau klimafreundlicher Zukunftstechnologien unterstützen. Deshalb ist es wichtig, in Entwicklungs- und Schwellenländern verstärkt Investitionen in neue Technologien zu unterstützen, um die globale Energiewende zu erreichen.

**Frage:** Mit den Europawahlen im Mai und den Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre ergeben sich auch auf EU-Ebene neue Gestaltungsspielräume. Was wünschen Sie sich von der EU in punkto Entwicklungspolitik?

**Stefinger:** Die Europäische Union ist der zweitgrößte Geber in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit. Allerdings ist gerade das Engagement für unseren Nachbarkontinent Afrika in Brüssel überschaubar. Ich wünsche mir, dass wir die Zusammenarbeit deutlich verstärken. Die aktuellen Planungen im EU-Haushalt für die kommenden Jahre sehen vor, die EU-Mittel für ganz Afrika von jährlich 4,5 auf lediglich 5,5 Milliarden Euro zu erhöhen. Das reicht angesichts der Herausforderungen dort nicht ansatzweise – eine Verdopplung wäre angemessener.

Brüssel sollte zudem einen Afrika-Kommissar berufen und die Zusammenarbeit in einem EU-Afrika-Rat institutiona-

lisieren. Auch müssen wir unsere Zoll- und Handelspolitik überdenken – damit fairer Handel überhaupt möglich wird. Es macht zum Beispiel keinen Sinn, die tunesische Wirtschaft mit Entwicklungsgeldern aufzubauen, nur um dann konkurrenzfähige Produkte durch restriktive Einfuhrquoten wieder vom europäischen Markt auszuschließen.

Auch in Europa gilt: Entwicklungspolitik muss immer als vernetzter Bestandteil unser wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischen Interessen zur Wahrung und Schaffung von Frieden, Gerechtigkeit und Einhaltung der Menschenrechte gesehen werden.

### Dr. Wolfgang Stefinger, MdB

Leiter ASP-Fachausschuss Entwicklungspolitik

*Dr. Wolfgang Stefinger MdB ist seit 2013 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für München-Ost. Im Bundestag gehört er dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung an.*

*Seit 2018 ist er der Leiter des Fachausschusses Entwicklungspolitik im Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU.*

Anzeige

**GUARDION**  
Countering drones

**Sicherer Schutz vor Gefahren durch Drohnen – wenn es wirklich darauf ankommt**  
GUARDION – im Einsatz bewährt:

- ▮ G7-Gipfel 2015 in Elmau
- ▮ Staatsbesuch des US-Präsidenten 2016 in Hannover
- ▮ G20-Gipfel 2017 in Hamburg
- ▮ ILA 2018 am Flughafen Berlin Brandenburg
- ▮ Tag der Deutschen Einheit 2018 in Berlin

Eine Kooperation von ESG, Diehl Defence und Rohde & Schwarz ■ [www.drohnenabwehr.de](http://www.drohnenabwehr.de)





Dr. Hans Christoph Atzpodien

# RÜSTUNG EUROPÄISCH DENKEN!

HANS CHRISTOPH ATZPODIEN

Dass wir die Rüstung unserer Streitkräfte europäisch denken sollten, ist spätestens seit den PESCO-Beschlüssen des Jahres 2017 Allgemeingut. PESCO (Permanent Structured Cooperation) schlummerte bis dahin weitgehend unbekannt in Art. 42 des schon aus dem Jahr 2007 stammenden sog. Lissabon-Vertrages der EU, steht aber nun schlechthin für den erstarkten Willen der meisten EU-Mitgliedsländer, in Sachen Verteidigung und auch Rüstung stärker miteinander zu kooperieren. Wer also meint, es brauche vielleicht gar nicht die innerhalb der NATO zugesagten 2% vom BIP für Verteidigung, beruft sich daher ebenso gerne auf die noch gar nicht gereiften PESCO-Aussichten wie derjenige, der schlicht signalisieren möchte, dass alles schon auf einem sehr guten – europäisch gepflasterten – Wege sei.

Dabei gilt es jedoch, wesentlich genauer hinzusehen, um nicht erneut einer vorschnellen europäischen Kooperations-Euphorie auf den Leim zu gehen. Das erste und wesentliche Problem besteht darin, dass die 25 EU-Länder, die sich PESCO verschrieben haben, hiermit ganz unterschiedliche Ziele und Erwartungen verbinden. Deutschland sieht PESCO vor allem als „Gefäß“ für militärische Kooperationsvorhaben, während andere Länder PESCO vor allem als Vehikel für eigene, aus eigener Kraft unerfüllbare Rüstungs-Ambitionen verstehen. Dies wiederum wird genährt durch die „Brüsseler Verteidigungs-Bürokratie“, die PESCO in eine logische Kette zwischen den Capability Development Planungen der EDA (European Defence Agency) und den geplanten Fördertöpfen des EDF (European Defence Fund) stellt, also speziell als Instrument sieht, um im Bereich der europäischen Rüstung erkannte Fähigkeitslücken über PESCO-Kooperationen zu füllen und diesen dann die Wohltaten der EU-Förderung zugutekommen zu lassen. Diese Einladung lassen sich vor allem die kleineren EU-/PESCO-Länder nicht entgehen, zumal ein Teil der „Brüsseler Bürokratie“ der Wunschvorstellung folgt, über PESCO könnten sich vor allem viele kleine Mittelständler aus Europa im Sinne von gelenkter „Schwarmintelligenz“ zu Kooperations-Verbänden zusammenschließen, die plötzlich große Programme zu tragen vermögen.

Dies alles hat mit industrieller Realität wenig zu tun, ergibt sich aber nicht zuletzt daraus, dass die Regierungen Deutschlands (ebenso wie Frankreichs) mit ihren großen Rüstungs-Systemhäusern in Sachen PESCO für den Bereich der Rüstung in Europa bislang nahezu keinerlei Führungsanspruch angemeldet haben. So kommt in der jüngst verabschiedeten zweiten „PESCO-Welle“ aus deutsch-französischer Rüstungs-Sicht allein das Projekt Eurodrohne vor, während alle anderen Felder – und zwar auch die mit durchaus zukunftssträchtigen Projekt-Claims

(wie zum Beispiel im Bereich von „unmanned systems“) – anderen Ländern überlassen werden.

Strategisch betrachtet ist dieser Ansatz nicht unkritisch: Indem sich Deutschland und Frankreich zunächst einmal – für alle anderen klar erkennbar – auf ihre bilateralen Großvorhaben konzentrieren (FCAS, MGCS, Eurodrohne), dabei kleinere Länder zumindest anfangs auf Distanz halten und sich in der PESCO-Rüstungswelt gleichermaßen deutlich zurückhalten, senden sie an alle anderen das Signal, dass PESCO eine Art von Gegenprogramm zu den großen deutsch-französischen „Leuchtturm-Vorhaben“ wird. Da die deutschen Rüstungs-Systemhäuser dementsprechend auch nur bedingte Unterstützung ihrer eigenen Regierung für PESCO-Projekte (Ausnahme Eurodrohne) erhalten, wird dies von den übrigen Beteiligten auch als Signal gegen einen deutschen industriellen Führungsanspruch bei künftigen europäischen Kooperationsvorhaben verstanden.

Nutzanwendung daraus ist, dass sich Deutschland im Jahr 2019 mehr als bisher um die strategisch ganzheitliche Bearbeitung der möglichen Spielfelder im Bereich Rüstungskooperation kümmern sollte – und dies im engen Schulterschluss mit der in Deutschland ansässigen Systemindustrie, deren Beitrag bei der Formierung effizienter industrieller Strukturen im Rahmen europäischer Rüstungskooperation weniger verzichtbar ist denn je. Ohne die ordnende Hand industriell verantwortlicher, leistungsfähiger Systemführer werden auch die vielen beteiligungswilligen Mittelständler in Europa nicht wirklich sinnvoll in anstehende Kooperationsvorhaben integriert werden können. Zu alledem kommt noch die in Europa ohnehin schon weitverbreitete Sicht hinzu, dass Deutschland mit seiner extrem restriktiven Herangehensweise beim Rüstungsexport eigentlich nur sehr eingeschränkt kooperationsfähig und auch –willig ist. Uns muss bewusst sein, dass wir – solange wir beim Rüstungsexport eigene Sonderwege gehen, die mit dem europäischen „Mainstream“ nicht kompatibel sind – von anderen europäischen Ländern kaum als Partner, geschweige denn als Leader einer Rüstungskooperation akzeptiert werden. Auch hieran muss im Jahr 2019 gearbeitet werden, wenn das Thema anzustrebender europäischer Rüstungskooperation nicht eine bloße Sprechblase bei Politiker-Reden bleiben soll.

## Dr. Hans Christoph Atzpodien

Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Vor seiner jetzigen Tätigkeit war Hans Christoph Atzpodien CEO der Business Area Marine Systems sowie der Business Area Industrial Solutions bei ThyssenKrupp. Zuletzt war er Mitglied des Vorstandes Business Area Industrial Solutions/ ThyssenKrupp Industrial Solutions AG.

### Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • Konzept & Gestaltung: itslive GmbH

Bilderquellen: dpa Picture-Alliance, Shutterstock, EVP-Fraktion, Bundespolizei, Ute Grabowsky / photothek.net, sowie privates Bildmaterial

Redaktion: ASP-Landesgeschäftsführer Peter Rief, M. A. • Kontakt Redaktion: asp@csu-bayern.de • Stand: Februar 2019

Hinweis: Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.